

Landwirte in OWL sehen durch Wölfe nicht nur Schafe und Ziegen bedroht, sondern auch Kühe und Pferde

„Wir haben Angst um unsere Tiere“

Von Andreas Schnadwinkel

BIELEFELD/DÜSSELDORF (WB). Tierschützer sind begeistert, Tierhalter sind skeptisch. Dass in Ostwestfalen-Lippe das Wolfsgebiet Senne wegen einer in Altenbeken und Lichtenau (Kreis Paderborn) nachgewiesenen Wölfin um das Eggegebirge erweitert wird, macht die aufgeheizte Debatte über den Umgang mit Wölfen nicht einfacher. „In Ostwestfalen können wir im Bereich der Senne dauerhaft wieder mit einem stationären Wolf rechnen“, sagt NRW-Umweltministerin Ursula Heinen-Esser (CDU).

Was aus dem Mund der Politikerin wie eine positive Nachricht klingt, stößt auf Bedenken bei denen, die ihre Existenz durch Wölfe bedroht sehen. „Das Auftauchen des Wolfes wie Anfang Mai in Lichtenau oder die vermutete Sichtung in Porta Westfalica-Möllbergen lösen bei uns Weidetierhaltern immer wieder große Sorgen aus“, sagt Antonius Tillmann aus Warburg (Kreis Höxter). Der Vorsitzende des Landwirtschaftlichen Bezirksverbandes Ostwestfalen-Lippe hält Kühe und sieht die Weidehaltung mit Schafen und Ziegen durch die Rückkehr des Wolfes erheblich gefährdet. „Rinder- und Pferdehalter werden noch mehr alleingelassen“, sagt Tillmann.

Denn es sind nicht nur die typischen Weidetiere, die von Wölfen getötet oder schwer verletzt werden. Auch Pferde und Rinder werden zunehmend angegriffen. „Herdenschutzzäune funktionieren nicht wirklich und halten den Wolf nicht dauerhaft ab. Für Rinder- und Pferdehalter sind diese in Umsetzung, Arbeits- und Kostenaufwand nicht stemmbar“, so Kuhhalter Wilhelm Brüggemeier aus Enger (Kreis Herford).

Der Wolfsbeauftragte und Vizepräsident des Westfälisch-Lippischen Landwirtschaftsverbandes (WLW) erklärt, dass die Sorgen vor Herdenausbrüchen und Panikfluchten bei Wolfsangriffen groß seien. Dagegen blieben Schutzzäune wirkungslos. Neben einer Zerschneidung der Landschaft würden 1,20 Meter hohe Zäune zudem Wildwechsel behindern. „Wir fordern daher ein konsequentes Wolfsbestandsmanagement vom Landesministerium. Jetzt müssen tragfähige Konzepte her, in denen der Umgang mit dem Wolf vereinbart wird, nicht erst wenn der Wolf allgegenwärtig ist“,



Schießen oder schützen? Die Debatte über den Umgang mit Wölfen verdeutlicht auch den Stadt-Land-Konflikt. Foto: Thomas F. Starke

sagt Brüggemeier.

90 Prozent der Weideflächen in NRW werden von Pferden und Rindern genutzt. „Vor ihnen macht der Wolf nicht Halt“, sagt Antonius Tillmann und berichtet von „grauenvollen Wolfsübergriffen auf Ponys, Pferde, Rinder und Kälber“. Problematisch sei auch, wenn Wölfe Weidetiere hetzen und in den Straßen- oder Bahnverkehr trieben. Tillmann: „Wir Tierhalter haben Angst um unsere Tiere. Wir kennen alle die fürchterlichen Bilder von gerissenen, verletzten und leidenden Weidetieren aus anderen Bundesländern. Wir wollen unsere Tiere nicht verendet sehen.“

Im Freistaat Sachsen steht der Wolf bereits im Jagdrecht, Brandenburg und Niedersachsen haben spezielle Wolfsverordnungen erlassen. Die Regulierung der Bestände durch „letale Entnahme“ – also das Schießen der Wölfe – ist im Rahmen der europäischen FFH-Richtlinien nicht ausge-



Antonius Tillmann



Wilhelm Brüggemeier



Bianca Winkelmann



Markus Pieper

schlossen. „Die Bejagung streng geschützter Tierarten, wie dem Wolf, ist möglich. Voraussetzungen sind ein Wolfsmanagement und ein Schutzplan“, sagt der für Teile Ostwestfalen-Lippes zuständige CDU-Europaparlamentarier Dr. Markus Pieper aus Lotte (Kreis Steinfurt), der im EU-Parlament und in der EU-Kommission

»Herdenschutzzäune funktionieren nicht wirklich und halten den Wolf nicht dauerhaft ab.«

WLW-Vizepräsident Wilhelm Brüggemeier

ein „steigendes Problembewusstsein“ mit Blick auf den Wolf feststellt. Als Vorbild für Wolfsmanagement gilt Frankreich. Dort gibt es eine Begrenzung von insgesamt 500 Wölfen im ganzen Land. Allein in Niedersachsen waren im Februar dieses Jahres 350 Wölfe dokumentiert. Bundesweit wird ihre Zahl mit bis zu 2000 angegeben.

In Nordrhein-Westfalen liegen gesicherte Erkenntnisse über sieben erwachse-

ne, ortstreue Wölfe vor. Die NRW-Landesregierung denke nicht darüber nach, den Wolf ins Jagdrecht aufzunehmen, „denn der Wolf wird durch das Bundesnaturschutzgesetz streng geschützt, im Hintergrund stehen die entsprechenden arbeitsrechtlichen Vorgaben der FFH-Richtlinie der Europäischen Union“, heißt

es aus dem NRW-Umweltministerium auf Anfrage dieser Zeitung. Eine Übernahme des Wolfs in ein Länderspezifisches Jagdrecht hätte lediglich zur Folge, dass der Wolf einerseits unter die ganzjährige Schonzeit fiele, andererseits gegebenenfalls unter die Hegepflicht fallen müsste. „Insofern hat der weit überwiegende Teil der Bundesländer auf eine Aufnahme des Wolfs in ihr Länderspezifisches Jagdrecht verzichtet“, so das Ministerium weiter.

CDU und FDP haben das Landesjagdgesetz der rot-grünen Vorgängerregierung 2019 geändert. „Da haben wir nur jene Tierarten in das Jagdrecht aufgenommen, die in NRW heimisch sind und sich hier vermehren. Der Wolf hat das letzte Kriterium 2019 noch nicht er-

füllt. Inzwischen hat sich die Situation teilweise verändert. Wir werden die weitere Entwicklung aufmerksam verfolgen und mögliche Änderungen vornehmen“, sagt die CDU-Landtagsabgeordnete Bianca Winkelmann aus Rahden (Kreis Minden-Lübbecke). Generell gelte, so die umwelt- und landwirtschaftspolitische Sprecherin ihrer Fraktion: „Der Wolf ist noch relativ neu in Nordrhein-Westfalen, und allein deshalb werden wir die rechtlichen Grundlagen für ein Leben mit ihm sicherlich auch in Zukunft weiter ständig anpassen müssen.“

Wilhelm Brüggemeier kritisiert die NRW-Landesregierung, weil das Wolfsmanagement lediglich ein Monitoring sei, es gäbe keine Antworten auf die Fragen der Weidetierhalter, geschweige denn Lösungsansätze. „Rinder und Pferde auf der Weide werden allein gelassen. Wenn sich das nicht ändert, ist die Weidehaltung, wie wir sie kennen, Geschichte.“ Denn die Wolfspopulation verdopple sich alle drei Jahre. Dies führe zu einem exponentiellen Wachstum und bedeute langfristig eine deutlich steigende Gefahr.

Von der CDU/FDP-Regierung in Düsseldorf fordern die Berufsvertreter, die Entschädigung von Wolfsrissen zu entbürokratisieren und

die Beweislast umzukehren – im Zweifel sei von einem Wolfsriss auszugehen. Zudem seien Schäden durch ausbrechende Weidetiere nach Wolfsangriffen nicht vom Tierhalter zu tragen. Ferner müssten Herdenschutzmaßnahmen zu 100 Prozent erstattet werden.

Die Gefahr für Rinder und Pferde schätzt das NRW-Umweltministerium nicht als besonders hoch ein und nennt dazu bundesweite Erhebungen zu von Wölfen verursachten Schäden: 88 Prozent Schafe und Ziegen, 7 Prozent Gehegewild, 4 Prozent Rinder (überwiegend Kälber) und 1 Prozent andere Tiere (darunter Pferde). „Damit sind Wolfsübergriffe auf Rinder und Pferde zwar nicht völlig ausgeschlossen, verglichen mit Schafe und Ziegen jedoch gering“, so das Ministerium.

Und in NRW „fielen erst ab Herbst 2020 zwei Pferde Wolfsübergriffen zum Opfer. Dabei handelte es sich um zwei unzureichend gegen den Wolf geschützte Kleinpferde im Wolfsgebiet Schermbeck am Niederrhein.“ Dennoch prüfe das Land „zurzeit die Öffnung seiner Wolf-Förderrichtlinien auch für bestimmte Haltungsformen von Pferden und Rindern, sofern es künftig in bestimmten Wolfsgebieten vermehrt zu Übergriffen von Wölfen kommt.“

Wie jüngst berichtet, nehmen auch immer mehr Tierhalter in Ostwestfalen-Lippe Fördermittel für Vorkehrungen gegen Wolfsangriffe in Anspruch. 689.000 Euro hat die zuständige Bezirksregierung Detmold bislang in der Region ausgezahlt. Damit wurden nach Angaben der Behörde vor allem mobile und stationäre Zäune finanziert. Deutlich geringer ist die Entschädigungssumme für die Eigentümer von Tieren, die durch Wolfsrisse in OWL getötet wurden: Hier gab es insgesamt 3803 Euro.

Und was ist mit den Pferden und Rindern, die durch die Ansiedlung von Wölfen zu Schaden kommen? Bianca Winkelmann meint: „Die Politik muss die Tierarten, für die Präventionsmaßnahmen und Entschädigungen gezahlt werden, überdenken. Es ist schlichtweg schwer zu erklären, wenn Menschen etwa für ihre Ponys im Wolfsgebiet keinen Herdenschutz gefördert bekommen. Wir stecken als CDU gerade in Beratungen darüber, ob etwa ein eigenes Weidetierschutzgesetz zielführend sein könnte.“

Pflegeantrag: Gutachter kommen

DÜSSELDORF (dpa). Pflegegutachter des Medizinischen Dienstes dürfen angesichts gesunkener Corona-Infektionszahlen wieder zu den Antragstellern in die Wohnung kommen. Das gelte seit dem 1. Juli, teilte der Medizinische Dienst Nordrhein mit. Zuvor seien Pflegeeinstufungen seit dem Beginn des ersten Lockdowns im März 2020 weitgehend telefonisch und mit Fragebögen erfolgt.

Die Gutachter seien froh, wieder ins Haus zu kommen, sagte die Leiterin des Fachbereichs Pflege beim Medizinischen Dienst Nordrhein, Ulrike Kissel: „Die Nähe einer Begutachtung vor Ort ist durch ein Telefonat nicht zu ersetzen.“

Das sieht der Sozialverband Deutschland genauso. Am Telefon könnten Betroffene aus falschem Schamgefühl wegen der eigenen Unselbstständigkeit wichtige Aspekte zum eigenen Nachteil verschweigen oder abmildern, sagte Adolf Bauer, der Präsident des Sozialverbandes Deutschland. „Ein empathisches Gespräch kann dem vorbeugen.“

Der Medizinische Dienst Nordrhein ist zuständig für 6,2 Millionen Kranken- und Pflegekassenmitglieder in Nordrhein-Westfalen. Die Begutachtung des Unterstützungsbedarfs durch Pflegefachleute ist für die alten Menschen und ihre Angehörigen von erheblicher Bedeutung und vielfach ein mit Spannung erwarteter Termin. Je nach Einstufung variiert die Leistung für die Pflege der Menschen zwischen Null und 1995 Euro monatlich bei professionellen Pflegediensten und null bis 901 Euro bei Pflege durch die Angehörigen. Im Corona-Jahr 2020 habe der Medizinische Dienst fast 296.000 Pflegegutachten erstellt – elf Prozent mehr als im Vorjahr.

16-Jähriger durch Messer verletzt

MÜNSTER (dpa). Nach einem Messerangriff auf einen 16-Jährigen in Münster ist der mutmaßliche Täter weiter flüchtig. „Es gibt noch nichts Neues, wir ermitteln weiter“, sagte Oberstaatsanwältin Barbara Vogelsang am Sonntag. Der 16-Jährige war am späten Freitagabend am Schlossplatz mit einem Messer schwer verletzt worden. Nach einer Notoperation bestehe keine Lebensgefahr mehr, teilten Polizei und Staatsanwaltschaft mit. Bisherigen Ermittlungen zufolge waren zunächst zwei Gruppen in Streit geraten. Dann soll ein Beteiligter ein Messer gegen den Jugendlichen eingesetzt haben.

Mitarbeiter von Feiernden attackiert

KREFELD (dpa). Mitarbeiter des Krefelder Ordnungsamtes sind am Samstagabend bei einem Einsatz wegen möglicher Verstöße gegen die Corona-Schutzmaßnahmen attackiert und verletzt worden. Wie die Polizei am Sonntag mitteilte, wollten die vier kommunalen Bediensteten die Teilnehmer einer öffentlichen Feier im Burgpark kontrollieren. Dabei habe ein 15-Jähriger die Mitarbeiter geschubst und beleidigt. Als diese ihn fixierten, habe ein gleichaltriger Jugendlicher einem Mitarbeiter in den Rücken getreten. Die mutmaßlichen Angreifer erwartet nun ein Strafverfahren.

Lügde-Untersuchungsausschuss: Zoff hinter den Kulissen

SPD lädt Minister als Zeugen

DÜSSELDORF (dpa). Im nicht-öffentlichen Teil des Lügde-Untersuchungsausschusses des NRW-Landtags ist es zu einem Disput gekommen. Die SPD beantragte, 19 weitere Zeugen zu laden, darunter Innenminister Herbert Reul (CDU) und Justizminister Peter Biesenbach (CDU). Vertreter von CDU und FDP warfen demnach der SPD in der Sitzung vor, die Arbeit des Ausschusses so auszubremsen. Die Fraktionen sind sich einig, bis Ende der Legislaturperiode einen Teilbericht zu verabschieden. Dies sei nun praktisch nicht mehr machbar, heißt es aus Reihen der CDU. Die SPD widerspricht.

Dem Vernehmen nach ist sich der Ausschuss darin ei-

nig, dass man das Thema Kindesmissbrauch nicht zum Abschluss bringen kann. Die Komplexität, Corona und fehlende Kooperationsbereitschaft von Zeugen machten es unmöglich, bis Mai einen Abschlussbericht fertigzustellen. Der Vorsitzende Martin Borschel (SPD) soll bereits an die Fraktionschefs appelliert haben, sich schon jetzt für einen neuen U-Ausschuss im nächsten Landtag nach der Wahl einzusetzen. Der aktuelle Ausschuss soll einen Teilbericht erstellen.

Dafür soll sich die weitere Beweisaufnahme im Laufe dieser Legislaturperiode auf drei Opfer konzentrieren. Uneinigkeit herrscht jedoch bei der Ausrichtung der wei-

teren Untersuchungen. Die SPD will nicht nur die Verantwortung der Jugendhilfe, sondern auch der Ermittlungsbehörden weiter in den Blick nehmen.

Die Opposition will daher unter anderem Innenminister Reul vor den Ausschuss zitieren, weil er „mindestens politisch“ für die Pannen-Ermittlungen der Kreispolizei Lippe verantwortlich sei. Auch in der Begründung für die Vorladung von Justizminister Biesenbach heißt es, er sei „mindestens politisch“ verantwortlich für die Arbeit der Staatsanwaltschaften. Die CDU sieht durch die neuen Zeugen den Ablauf zeitlich gefährdet.

Der Sprecher der CDU im Untersuchungsausschuss,

Dietmar Panske, sagte: „Natürlich ist es das Recht der Oppositionsfraktion, Zeugen zu laden. Doch die Übereinkunft, einen Teilbericht über die bisherigen Befragungen im Bereich der Jugendämter zu fertigen, aus denen sich konkrete Schlussfolgerungen für das Kindeswohl in Nordrhein-Westfalen ableiten ließen, wird dadurch zeitlich nicht mehr möglich sein.“

SPD-Experte Jürgen Bergmann sagte dagegen: „Damit wir aus einem Teilbericht konkrete Schlussfolgerungen ziehen könnten, brauchen wir Zugang zu allen Akten. Das CDU-geführte Justizministerium verhindert das jedoch bislang konsequent.“



Tatort Campingplatz Lügde: Hier wurden Kinder missbraucht. Die politische Aufarbeitung zieht sich in die Länge. Foto: dpa